

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

46 (24.2.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 Pf. Postgebühren; ab 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 Pf.
 Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1.30 M. — Samstag abends 7.30 M. — Sonntags 10.30 M. — Bei Wiederholungen Rabatt.
 Anzeigen: Die typographische oder deren Raum 50 Pf. — Kleinanzeigen 10 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt.
 Annahmegebühr 1/2 M. — Bei größeren Aufträgen nachm. zuver.

Um die Existenz der deutschen Presse.

Die Forderung der deutschen Zeitungsverleger an die Regierung und an die Nationalversammlung.

Weimar, 22. Febr. Die heute hier tagende allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung hat nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschlüsse angenommen:

Die deutschen Zeitungen stehen vor einer katastrophalen Zukunft.

Die völlige Unsicherheit der Papierbelieferung, die ungeheuren Preissteigerungen des Druckpapiers, aller Materialien und Maschinen, der Löhne und Gehälter, die Unmöglichkeit, einen auch nur annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, hat heute in Weimar die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reiches zusammengeführt. Die Aussprache ergab, daß eine ganze Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur noch durch Notkredite bisher vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden und daß ohne eine Sicherstellung des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitpunkt abgesehen ist, an dem die überwältigende Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihre Existenz einstellen muß.

Die Reichsregierung ist anscheinend der Wirkung einer solchen Katastrophe noch gar nicht voll bewußt. Es handelt sich um die Existenz einer Wirtschaft, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens in Deutschland den allerhöchsten Gefahren ausgesetzt werden und der Wiederaufbau unmöglich wird. Verschwindet die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärungsarbeit, ihre Ermüdung in Deutschlands schwerer Not, dann tritt das Gerücht, dann treten die Flugblätter aller zerstörenden Kräfte von drinnen und draußen an ihre Stelle.

Die deutschen Zeitungen wollen keine Liebesgabe für sich, lehnen sie vielmehr ab, aber sie haben das wohlverworbene Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen gesichert wird vor der sie vernichtenden Wirtschaft, die durch die grenzenlosen Spekulationen und Schiebungen auf dem Weltmarkt den hauptsächlichsten Rohstoff für Zeitungspapier so verteuert, daß Papier für die übergroße Mehrheit der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird. Daraus ändert es nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrzahl der Zeitungen die bewährte Struktur der deutschen Presse auf besonderen Grundbesitz zu jedem Preis zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um Privatinteressen einzelner Verleger, sondern um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse und die Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung.

In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen und dadurch des Zeitungsdruckpapiers. Verhät dieser Notlage ungehört, ärgern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.

Die nationalistische Hege gegen Erzberger.

Berlin, 24. Febr. In der Sonntagsausgabe vom 22. Februar erschien gleichzeitig in hauptstädtischen und Provinzialblättern ein Artikel, in dem der Reichsfinanzminister Erzberger bezichtigt wird, im Gegensatz zu seinen amtlichen Verlautbarungen in der Praxis bei seinen Steuererläuterungen eine bedeutliche Steuerermoral an den Tag gelegt zu haben.

W.D. hat darüber an das Reichsfinanzministerium eine Anfrage gerichtet und folgenden Bescheid erhalten: Der persönliche Kampf gegen den Reichsfinanzminister nimmt immer mehr Formen an, die eine völlige Verwilderung der Moralbegriffe in erschreckender Weise offenbaren. So ist das kaum Glaubliche möglich geworden, daß die Veranlagungsakten des Reichsfinanzministers aus dem Finanzamt Charlottenburg entfernt und photographiert wurden, um als Anlagen eines Pamphlets gegen den Reichsfinanzminister vervielfältigt zu werden. Wenn die Urheber dieses schamlosen Streiches und die daran Beteiligten glauben, auf diese Weise eine wirksame Waffe in die Hand bekommen zu haben, um den verhassten politischen Gegner zur Strecke zu bringen, so werden sie sich hierin täuschen. Der Reichsfinanzminister wird es mit Zug und Recht ablehnen dürfen, über seine privaten Einkommensverhältnisse und seine steuerlichen Angelegenheiten sich in der Öffentlichkeit mit seinen Gegnern auseinander zu setzen. Im übrigen kann nur gesagt werden, daß die Steuerbehörde ohne jede Beeinflussung durch den Reichsfinanzminister den Verleumdungsprozeß gegen Dr. Helfferich verfolgt und das Ergebnis der Beweisaufnahme auch vom steuerlichen Standpunkte aus prüfen wird. Das Ergebnis dieser Prüfung wird der Reichsfinanzminister mit ruhigem Gewissen abwarten. Andererseits wird, auch im Interesse eines jeden Steuerzahlers, die allerhöchste Mahnung gegen eine unbedenke Offenlegung und Verwertung von Steuerakten geboten sein.

Die Alliierten und die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher.

Amsterdam, 24. Febr. Laut „Nieuwe Courant“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der Kriegsverbrecher beschlossen wurde, daß England, Frankreich

und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf unstrittigen Verbrechen von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial würde den deutschen Gerichten vorgelegt werden, vor dem eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen sollen. Sollte Deutschland bei dieser Probe auf seinen erklärten Willen verzichten, so werden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

Von der Durchführung des Friedensvertrages.

Paris, 24. Febr. Jannart, der frühere Präsident der Wiedergutmachungskommission, erklärte in einer Rede, die Kommission habe sich niemals mit der Besetzungsdauer der Rheinland beschäftigt. Das sei Aufgabe der Regierung. Die Wiedergutmachungskommission könne wohl Bestimmungen ausarbeiten, aber sie nicht ausführen lassen. Sie werde sich vorerst mit der Lieferung von Kohlen und der Bezahlung von 20 Milliarden in Gold und anderen wichtigen Fragen beschäftigen.

Lenin und die Friedensfragen.

Amsterdam, 24. Febr. Lenin erklärte in einer Besprechung mit einem Vertreter der „New York World“, die Bolschewisten seien bereit, Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischen Kapitalisten nicht dagegen einzuwenden könnten. Lenin sagte noch, daß die Sowjetregierung nicht in Gefahr sei, durch militärische Machtmittel unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten betreffend den Handel mit Rußland sehe er nicht als aufrichtig an. Er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

Von der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Washington, 24. Febr. Der Führer der Arbeiterpartei in Minneapolis, Michigan, erklärte, daß die nationale Arbeiterpartei auf das politische Gebiet übertragen werden müßte. Der Präsident der Arbeiterpartei, Comperis, riet davon ab, jetzt eine politische Arbeiterpartei zu bilden. Dies würde nach seiner Ansicht für die Arbeiter nachträglich wirken, denn mit der Bildung einer politischen Arbeiterpartei würde man nur den Bindungen derjenigen entgegenkommen, die die Unterdrückung der Arbeiterklasse anstreben.

Spannung zwischen England und Amerika?

Die „Washington Post“ schreibt: Es kann nicht geleugnet werden, daß die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England auf einem Stande angelangt sind, der in beiden Ländern erste Besorgnis erregt. — Ohne Amerika wäre England genötigt gewesen, sich einem von Deutschland aufgestellten Frieden zu unterwerfen. Wie hat England der Vereinigten Staaten mehr bedurft, als jetzt. Mit einer Ausnahme, und das war, als die Verbandsmacht auf die Arnie gezwungen die Vereinigten Staaten anriefen, auf ihrer Seite in den Krieg einzutreten.

Umfangreiche Schieberereien.

Berlin, 24. Febr. Privattelegramm. Laut „Berl. Lok.-Anz.“ wurde eine Schieberorganisation in Ludenwalde entdeckt, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutet hatte. Über 50 Beschuldigte wurden allein in Ludenwalde verhaftet. Große Mengen Metall konnten den beschuldigten Firmen und Reichsstellen wieder zugeführt werden. Auch die Aufkäufer mehrerer Berliner Firmen sind in die Angelegenheit verwickelt.

Polnischer Terror.

Weschen i. O., 24. Febr. Die „Volksstimme“ in Kleinbrunn bringt einen Brief freigeistlich organisierter Arbeiter, die es beklagen, daß die Polen durch Agitation und Terror die Arbeiter zum Übertritt in die polnischen Arbeiterverbände zu zwingen suchen.

Innere Schwierigkeiten in Bulgarien.

Sofia, 24. Febr. Die Sobranje ist am 20. Febr. aufgelöst worden. Die Regierung schritt zu dieser Maßnahme infolge der Schwierigkeiten, die die sozialistische und kommunistische Gruppe bereiteten, deren Mitgliederzahl in der Sobranje nicht mehr der Meinung des Landes entsprechend sei. Überdies erforderte die Kriegsgefangenenfrage und die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts eine neue Verfassung der Wähler.

Um Sowjet-Rußland.

London, 24. Febr. Eine Denkschrift, begleitet von Dokumenten als Belege, die die Anerkennung der Sowjet befürworten und den Friedensschluß mit der bolschewistischen Regierung verlangt, wurde an den Premierminister gerichtet. Diese Denkschrift ist unterzeichnet vom Chef der britischen Mission der westrussischen Regierung, General Gough und anderen Beamten, die sich in amtlicher Eigenschaft in Rußland befinden.

Laut „New York Herald“ hätten England, Japan und Italien beschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Diese Nachricht ist, wie die Agentur Havas meldet, ungenau. Die betreffenden Regierungen sind sich einig, daß eine Anerkennung der Sowjetregierung nicht möglich ist. Namentlich Japan befindet sich unter den Staaten, welche ausdrücklich Vorbehalte machen.

Aus Riga wird gemeldet: Man nimmt an, daß Lettland mit den Bolschewisten einen Sonderfrieden abschließen wird.

Oslingfors, 24. Febr. Man meldet amtlich, daß die finnische Regierung mit Genehmigung den Gang der Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten verfolgte und daß sie im Einvernehmen mit den Staaten, die an der Helingsforser Konferenz beteiligt waren, vor allem mit Polen, vornehmlich Finnland habe keine Vorschläge seitens der Sowjetregierung erhalten.

Der „Dolchstoß in den Rücken“.

General Groener über die Ursachen unserer Niederlage.

Aus dem Reichswehrministerium wird uns geschrieben:

Ein klassisches Beispiel einer faustbiden Gesichtslüge ist die Behauptung, daß das kämpfende, den nahen Sieg vor Augen lebende Heer von hinten (durch die Revolution) erdolcht sei. So lächerlich diese Legende, so dürfen wir ihre Gefährlichkeit doch keineswegs unterschätzen, denn da die nationalistische Ideologie durch die verhängnisvolle imperialistische Politik unserer Kriegsgegner bei uns wahrscheinlich weiter an Boden gewinnen wird, besteht die Gefahr, daß mit dem Verlassen der frischen Erinnerung an die Kriegsergebnisse und die Sünden des alten Systems die der nationalen Eitelkeit schmeichelnde Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“ munter fortzuwuchern wird.

Es ist deshalb von hohem politischem Wert, namentlich auch im Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe, sorgfältig auf alle auch nichtsozialdemokratische Stimmen zu achten, die sich um die Feststellung der objektiven Wahrheit bemühen. Im Februarheft der „Preussischen Jahrbücher“ untersucht der als militärische Autorität anerkannte General Groener, der bekannte Chef des Feldjägerbataillons während des Krieges, die staatsmännliche Führung im Krieg und gelangt zu einem für diese geradezu vernichtenden Urteil.

In wohlthuendem Gegensatz zu dem aufgeregten politischen Gesäusel der meisten schriftstellernden Generale weist Groener klar und überzeugend nach, daß es in erster Linie politische, durch die Unzweckmäßigkeit unserer staatlichen Institutionen begründete Fehler waren, die uns die Niederlage gebracht haben, so daß hier wie immer die Weltgeschichte das Weltgericht gewesen ist. Die Ausführungen Groeners auf ihren Kern zurückgeführt sind eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kriegspolitik.

Groener geht von den richtigen Grundgedanken aus, daß der Weltkrieg von Anfang an ein Kampf zwischen Deutschland und England um den Weltmarkt war. Die richtige politische Auffassung von diesem Charakter des Weltkrieges verbot nach Groener von vornherein

jeden Gedanken an Annexionen.

Da wir an die eigentlichen Kraftquellen Englands nicht heran konnten, mußte uns daran liegen, ihm seine Hilfskräfte abzuwehren zu machen. Namentlich bei Rußland hätte das ohne unelastische Randstaaten- und Polenpolitik gelingen müssen, wenn diesem politisch goldene Brücken gebaut wurden.

„Beide (Frankreich und Rußland) sind durch unsere Politik erst recht ins englische Lager getrieben worden, indem wir bei ihnen den Anschein erweckten, als sei der Zweck des Krieges die Eroberung von Provinzen.“

Der Irrgarten unserer politischen Zustände während des Weltkrieges, der seine Ursache in der überlebten Staatsform des Halbabsolutismus hatte, trat besonders verhängnisvoll in dem von der Sozialdemokratie so oft beklagten und bekämpften Zwiespalt zwischen militärischer und politischer Leitung hervor. „Staatsmann und Feldherr marschierten getrennt, ohne sich zum politischen Schlage zu vereinigen.“ In dem Kleinkampf, der um die weltwirtschaftliche Nachstellung des deutschen Volkes ging, waren militärische, politische und wirtschaftliche Führung ganz untrennbar. Zwei Wege waren denkbar. Entweder Einführung des geplanten parlamentarischen Systems oder Schaffung einer Diktatur, die aber ihrerseits, wenn sie wie in Frankreich und England wirklich innere Kraft haben sollte, auf der breiten Basis der Demokratie ruhen mußte.

Dieser allumfassende Kopf wurde nicht gefunden; zum Mittel des Parlamentarismus entschloß man sich zu allererst, als damit auch nichts mehr zu retten war. Bis dahin doktrinierte man mit den üblichen Mitteln des alten Regierungssystems.

Unser altes Regierungssystem bedeutete aber einen verschleierten Militarabsolutismus, innere Zwiespaltigkeit und Unwahrscheinlichkeit. Da nach Klaujewitsch der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, bleibt auch im Kriege der Staatsmann der Auftraggeber des Feldherrn. Bei uns konnte aber der nur eine Winderheit hinter sich habende Generalstab, konnte ein Ludendorff in seinem eigenmächtigen, politischen Dilettantismus eine innerlich haltlose schwache Staatsleitung beiseite drängen.

„Als gar der Zwiespalt der Meinungen, der sich zwischen den obersten Stellen bald auftrat, in das ganze Volk hineingetragen wurde (durch die Vaterlandsparlei, die Red.), war dies für den Feind eine willkommene Hilfe.“

Aus den rückschauenden Betrachtungen der Operationen während des Krieges, die hier im Rahmen eines Artikels leider nicht wiedergegeben werden können, verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Groener auch die Führung des U-Bootkrieges

Das neue Programm der Demokraten.

Sie sind politisch arme Kerl und sie sind in schwerer Not, die Herren Demokraten. Da verlieren sie auf den nicht gerade originellen Gedanken, zur Auffrischung ihrer geknickten Seele und um die etwas ins Rauschen gekommene Firma wieder flott zu machen, sich ein neues Programm zu geben. Ihre Parteivorstand und die Fraktion der Nationalversammlung haben sich fortgesetzt zusammen, um ein Programm zu schaffen. Dabei ist es ihnen ergangen, wie den Vinschgauern, als sie walfahren gehen wollten: sie taten gerne singen, aber konnten nicht so schön. Ein Programm ist's nämlich nicht geworden, was die Herren demokratischen Parteimitglieder ausgeht haben, nicht einmal ein politischer Artikel, sondern ein buntes Gemischel von allerlei schönen Dingen, die als Bierat neben- und übereinander gebaut worden sind. Man traut sich das ganze Ding wieder mit dem Finger anzurühren noch gar in seiner Nähe frei zu atmen, immer in der Angst, das spielerische Gebäude purzelt in sich zusammen. Wohl wäre Material zu einem soliden Unterbau vorhanden, z. B. das Bekenntnis zur Demokratie, auch Pfeiler und Balken sind zu erblicken, mit denen die sachkundigen Hände mutiger Männer ein haltbares Gebäude hätten errichten können. So aber sind die Balken auf Bierat gelegt und die Pfeiler lehnen sich an Wortspielereien an, die über kurzem unter der Last zusammenbrechen müssen. Es ist halt ein Glend mit unseren Demokraten. Sie wollen gewiß manches Gute, aber meistens wollen sie es nur halb. Und nehmen sie wirklich einmal einen Anlauf, das Gute auch ganz zu wollen, dann kriegen sie wieder Angst vor der eigenen Courage. Sie wollen es alle n recht machen und sehen sich — und das nicht einmal mit Grazie — zwischen die sämtlichen vorhandenen Stühle. Sie machen nach allen Seiten Verbeugungen und merken nicht, wie hinter ihrem Rücken gehöhnt und gelacht wird. Sie sind für die Privatwirtschaft, aber: auch in der Wirtschaft steht das Ganze über seinen Tellen und das Volkswohl über begrenzten Gewinnen und Interessen. ... Oder: Die Arbeitsteilung droht die Arbeiter völlig der Seele zu berauben. Deshalb müssen Handwerk und Kleinhandel geschützt und gefördert werden. ... Und gleich darauf: Die Arbeitsteilung, deren Verfeinerung dieses Schicksal bildet, können und wollen wir aber nicht rückgängig machen, weil Verminderung der Produktion die Versorgung verschlechtern und dadurch für Millionen das Dasein zur Unmöglichkeit machen würde. ...

Und so weiter, teils mit, teils ohne Grazie. Sie wollen gleichzeitig „hüpf“ und „hott“ fahren, die Herren Demokraten; sie versprechen allen und können in der Regel nicht in einem

einzigem Falle Wort halten. Wie sie früher S. M. allgerneinste Opposition waren, aber niemals in dem fernigen Sinne, wie einst die preussischen Junker, so sind sie heute vielfach Demokraten mit Scheuklappen und Wirtschaftspolitiker, die das Kunststück versuchen, mit ungleichen Stelzen auf schwierigem Wege zu gehen.

Es ist schade, daß das deutsche Bürgerium es niemals fertig gebracht hat, eine wirklich liberale oder demokratische Partei zu bilden. Wir hätten schon früher eine kraftvolle bürgerlich-demokratische Partei brauchen können; sie wäre auch heute von Nutzen. Bestimmte Volkstreu und Berufschichten können vorläufig noch nicht den Weg zur Sozialdemokratie finden, sie wollen aber auch nicht mit der Reaktion gehen. Das politische Sammelgebilde, das sich heute demokratische Partei nennt und früher freimüßig liberal war, vermag auf die erwähnten Volkstreu keine Anziehungskraft auszuüben. So fallen bei allen möglichen Wahlen diese Volkstreu stets neben ins Garn, die gerade eine zugkräftige Parole haben; sie entscheiden sich bald so, bald anders. Keine feste Linie, keine Richtung, kein eigenes Vertrauen und immer in der politischen Orientierung abhängig von einer Presse, die in der Hauptsache aus Generalanglegern und Wählern etwa vom Schlage der „Badischen Presse“ und der „Badischen Landeszeitung“ besteht, die so eine Art politisches Kriegsküchensutter aufsticht. Man braucht bloß die trostlose Verfassung der badischen Demokraten zu sehen, um zu begreifen, wie es um diese Partei bestellt ist. Jetzt soll ihr ein neues Wort- und Wunschkemmel, das sie „Programm“ nennt, aus der tödlichen Not helfen.

Und dabei weiß man, daß die Herren Demokraten schon von ihren alten Programmen keinen Pfifferling gehalten haben. Wie könnte ihnen erst das neue „Programm“ nichtschmerz des Handelns sein! Sie ist von Grund auf verfaßelt, die deutsche bürgerliche Demokratie, wie ja auch das demokratische Ideal und die demokratischen Grundzüge von ihr gelöst sind, um bei der Sozialdemokratie Schutz, Förderung und schließlich auch Erfolg zu finden. Wenn die selbstbewußten, zielstrebigen und von rücksichtslosem Kampfesmut besessenen Reaktionsäre dieses neue „Programm“ lesen, dann werden sie in ein fröhliches Gelächter ausbrechen. Solche Gegner fügen ihnen keinen Schaden zu. Wir bebauern diesen Niedergang der bürgerlichen Demokratie aus den vorhin erwähnten Gründen, aber zu retten ist sie nicht mehr. Und nach den Wahlen werden wir wieder ein neues demokratisches Programm studieren dürfen, denn das gegenwärtig neueste Programm wird kaum die bevorstehende Wahl überleben.

Badische Politik.

Dienststellenausschüsse für badische Beamte.

Das Staatsministerium hat mit Entschiedenheit vom 27. Januar 1920 bis zu einer gesetzlichen Regelung durch das Reich über die Bildung und Aufgaben der Dienststellenausschüsse Vorarbeiten erlassen. Diese Vorarbeiten sind unter Mitwirkung folgender Organisationen zustande gekommen: Verband des Deutschen Verkehrspersonals, Badischer Eisenbahnerverband, Badischer Beamtenbund. Hervorzuheben sind folgende Bestimmungen: Die Bildung von Dienststellenausschüssen hat bei allen Dienststellen, die in der Regel mindestens 20 Beamte beschäftigen, mit sofortiger Wirkung zu erfolgen. Bei weniger als 20 Beamten treten an die Stelle der Dienststellenausschüsse von den Beamten gewählte Vertrauensleute. Unmittelbar, geime Wahl und einfache Stimmenmehrheit ist vorgeschrieben. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Beamten. Die Ausschüsse, die je nach der Zahl der Wahlberechtigten 3—15 betragen, sind unter die drei Beamtengattungen obere, mittlere und untere entsprechend zu verteilen.

Der Dienststellenausschuss hat die dienstlichen und wirtschaftlichen Interessen der bei der Dienststelle beschäftigten Beamten wahrzunehmen. Ein Mitbestimmungsrecht steht ihnen in 11 Punkten zu, u. a. bei der Aufstellung von allgemeinen Vorschriften über die persönlichen Verhältnisse der Beamten, bei der Feststellung oder Änderung der Dienstverteilungspläne, bei der Regelung der Dienststunden, bei der Festsetzung des Urlaubsplanes, bei Schaffung von Wohlfahrtsangelegenheiten usw. Bei Nichteinigung zwischen Dienststelle und Ausschuss entscheidet die übergeordnete Dienstbehörde. Letzte Instanz ist das zuständige Ministerium, das sich unter Umständen mit der zuständigen Beamtenschaft (Vorsitz) in Verbindung setzen darf. Diese Regelung der Errichtung von Dienststellenausschüssen, die reichlich spät kommt, weist immer noch verschiedene Mängel auf, auf die vom Verband des Deutschen Verkehrspersonals rechtzeitig hingewiesen wurde. Immerhin markiert Baden in Zukunft den Weg nach dem, was die Beamten mit diesen Bestimmungen an der Spitze der deutschen Bundesstaaten. Der Ausgleich der Mängel wird Aufgabe des kommenden Beamtentages sein.

Die südwestdeutsche Staatsvereinigung.

Nachdem die thüringischen Kleinstaaten den Weg der freiwilligen Zusammenlegung gegangen sind, und sich jetzt auch Baden mit Bayern vereinigt hat, wird Baden (neben Hessen) das kleinste Staatsgebilde im Reich und damit auch das politisch schwächste sein. Der Heidelberger Universitätslehrer und demokratische Abgeordnete im Badischen Landtag, Professor Gothein, benützt diesen Anlaß zu einer erneuten Propagierung des Gedanken der Vereinigung von Baden mit Württemberg in einem Aufsatz des „Stuttgarter Neuen Tageblatt“, worin es u. a. heißt:

„So wie jetzt die Dinge liegen, wird unglücklich viel Arbeit der Verwaltung unnützerweise doppelt verrichtet. Und doch drängt die finanzielle Not zur Vereinfachung des Beamtenapparates, das bisher freilich die Revolution nur immer noch vermehrt hat. Der Zeitpunkt, hierzu mit einzuhaken und eine große Revision vorzunehmen, dürfte endlich gekommen sein. Der Zwang, in Zukunft billiger als bisher zu verwalten, wird von selber mehr als alles andere die Zusammenfassung schließlic und unabweisbar machen. Gerade hier scheinen freilich auch die Hindernisse zu liegen. Begreiflicherweise ist die Mehrzahl der Beamten für Vereinfachungen, die ihre Zahl und ihren Einfluß einschränken, nicht gerade eingenommen. In Baden herrscht unter ihnen überdies eine gewisse Verleumdung vor der größeren Fähigkeit des Schwaben, für die doch aber gerade die größere Lebhaftigkeit des Pfälzers eine nützliche Ergänzung bietet. Und wenn für Mannheim, Heidelberg, Wilingen, Konstanz, die Vorteile der Zusammenlegung augenscheinlich, für Freiburg wahrscheinlich sind, so ist die bisherige Landeshauptstadt Karlsruhe die Leidtragende. Jedoch Karlsruhe hat bereits in fluger Voraussicht seit langem keine Industrie entwickelt, und nach dem Verlust Straßburgs dürfte sein Hofen

für das Hinterland, also gerade für Württemberg, von besonderer Bedeutung werden.

Vor allem ist es aber einmal angezeigt, diese ganze Frage aus dem Stadium der akademischen Erörterung in das der praktischen Agitation überzuleiten. Eine Verschleppung der Pfälzer Frage ist um so bedenklicher, weil hier französische Verführungskünste erst bei einem Anschluß an die natürlichen Nachbarn wirksameren Widerstand als bisher finden können. Für die Vereinigung Württembergs und Badens aber muß der größere Staat mit bestimmten Vorschlägen hervortreten, die die Besorgnisse des kleineren zu zerstreuen vermögen. Man erwarte keine Initiative von einem badischen Ministerium, wie es auch beschaffen sei; denn Minister, einmal im Amte, werden sich zunächst zur Erhaltung ihres Staatswesens verpflichtet erachten. Auch mache man sich klar, daß man mit dem Widerstand des größten Teiles des Zentrums rechnen muß, das jetzt noch immer hoffen kann, in dem zu zwei Dritteln katholischen Baden zur Herrschaft zu gelangen, während in einem vereinigten Staatswesen die Konfessionen sich ungefähr die Waage halten werden, was schon an sich als Vorteil anzusehen ist.

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, ist Prof. Gothein mit uns der Meinung, daß die Rheinpfalz in die badisch-württembergische Ländervereinigung mit eingeschlossen werden muß, sofern etwa Nichtiges geschaffen werden soll. Er sagt in dem erwähnten Aufsatz dazu u. a. dieses:

„So wie unsere Einzelstaaten jetzt beschaffen sind, sind sie zwar ein Ergebnis der Geschichte, aber der fürstlichen Schicksale. Mag sich z. B. der bayerische Staat jetzt lieber als jeder Tag zum Bewußtsein, daß rechts- und linksrheinische Pfalz zusammengehören, daß eine Trennung von Mannheim und Ludwigshafen ein Unding ist, daß die Industriegebiete, daß selbst die Handwerke auf beiden Ufern eine Einheit darstellen, wie sie sich denn auch bereits gemeinsame Interessenvertretungen geschaffen haben; daß die Bahnen, nachdem die eisenbahnspezifische Bahn verloren gegangen, verschmolzen werden müssen, daß die gesamte Bildungsinteressen von der Heidelberger Hochschule bis zum Mannheimer „Nationaltheater“ einheitlich sind. Wenn man um diese Pfälzer Frage, die doch eigentlich spruchreif ist, immer ängstlich herumgeht, so liegt es wohl daran, daß man die Schwierigkeiten, deren es mit Bayern mehr als mit allen anderen Staaten gibt, nicht vermehren will. Aber es ist doch wohl einmal Zeit, das Ding bei seinem rechten Namen zu nennen.“

Es wäre zu wünschen, daß in der inneren wie in der äußeren politischen Lage des Reiches endlich jene Ruhe und Entspannung einkehren, ohne die nicht wohl an die Verwirklichung des südwestdeutschen Vereinigungsgedankens herangegangen werden kann, ohne die die Ausrede gewisser amtlicher Stellen in Baden, der Zeitpunkt sei hierfür nicht geeignet, zum mindesten einen Schein von Berechtigung hat.

Einigung in der Verreichlichungsfrage. Ueber den Vertragsentwurf zwecks Verreichlichung der Eisenbahnen wurde, wie amtlich gemeldet wird, in den Verhandlungen in Berlin Ende letzter Woche in allen Punkten einschließlich der Entschädigungsfrage eine Einigung erzielt. Dem Randtag wird wohl Mitte dieser Woche der Vertragsentwurf zugehen.

Regierungsbefehl in Rehl. Gestern vormittag begaben sich Staatspräsident Geiß mit den Ministern Dietrich, Remmele, Müller und Trunk und Staatsrat Köhler im Kraftwagen nach Rehl. Dort fand sofort nach Anfuhr der Vertreter der badischen Regierung eine Besprechung mit den aus dem ganzen Konauerbezirk eingeladenen Bürgermeistern, Geistlichen, Bezirksräten und der Lehrerschaft statt. Nachmittags wurden die durch das Hochwasser verursachten Schäden besichtigt.

Judenhetze im Durchgangslager Maffatt. Aus Maffatt schreibt man uns: Bei dem Empfange unserer heimkehrenden Kriegsgefangenen dürfen natürlich die größten Schädlinge im Vaterlande, die Antisemiten und Judenhetzer nicht fehlen. Im diesigen Durchgangslager ist ein Herr Tröndle Beauftragter dieser Gesellschaft. Der Herr macht sich an die Heimkehrer heran, verlangt von ihnen Unterschriften, ohne daß sie wissen, um was es sich handelt; in seiner mündlichen Agitation arbeitet er mit dem bekannten Mittel, die Regierung bestände aus lauter Juden, desfalls würde die Regierung den Juden auch alles bewilligen. Zur Verfestigung dieser letzteren Behauptung wird ein Flugblatt verteilt, in dem behauptet wird, die Juden erhielten von der Regierung für ihre Fern 4000 Gramm Weizenmehl zugewiesen, während die übrige Bevölkerung die Nation herabgesetzt bekäme. Diese Flugblätter werden bei Anfuhr von Transporten an die Heimkehrer verteilt; desgleichen auch antisemitische Zeitungen. (Deutsch-völkischer Beobachter!) Daß es natürlich auch Offiziere gibt, die dieses Treiben unterstützen, ist selbstverständlich, die Herren dürfen ja bei keinem Unfug fehlen. — Wir machen die Regierung auf diese Dinge aufmerksam und ersuchen sie, einmal im Durchgangslager nach dem Rechten zu sehen. Der gesunde und durch das niederträchtige Treiben dieser alldemokratischen Volksheer noch nicht vergiftete Sinn der heimkehrenden Kameraden wird zwar kein guter Nährboden für die antisemitische Giftpflanze sein. Aber dennoch darf die Regierung nicht dulden, daß in dieser Weise gegen sie gearbeitet wird.

Das Hochschulfstudium der Volksschullehrer. Ueber die Zulassung von Volksschullehrern und Lehrerinnen zum Hochschulstudium hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts an die Senate der bad. Hochschulen einen Erlaß gerichtet, in welchem u. a. bestimmt wird: Lehrer und Lehrerinnen, die mindestens ein Jahr im Schuldienst gestanden haben, werden auf ihren Antrag zu einer als Reifeprüfung geltenden Ergänzungsprüfung zugelassen. Die Prüfung wird an einer vom Ministerium zu bestimmenden höheren Lehranstalt abgenommen und erstreckt sich unter Zugrundelegung der Anforderungen der regelmäßigen Reifeprüfung: Für das Gymnasium auf Latein und Griechisch, für das Realgymnasium auf Latein, diejenige Fremdsprache, in der der Bewerber bei der Seminaranstellung nicht geprüft ist, und Mathematik und für die Oberrealschule auf eine neuere Fremdsprache (wie für das Realgymnasium) und auf Mathematik und Naturwissenschaften. Vor Ablegung der Ergänzungsprüfung können Lehrer und Lehrerinnen, die mindestens 1 Jahr im Schuldienst gestanden haben, zum Studium an der Universität und der Technischen Hochschule nur mit besonderer Genehmigung des Ministeriums zugelassen werden. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn neben hervorragender Tüchtigkeit des Bewerbers besondere Gründe sich rechtfertigen. Die Ergänzungsprüfung muß in diesen Fällen spätestens am Schluß des 1. Studienjahres abgelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Schiedspruch.

Die Maschinisten und Heizer der beiden Papierfabriken Gebr. Buhl und Vogel u. Bernheimer in Ettlingen standen gestern vor dem Schlichtungsausschuß hier wegen Lohnbifferenzen. Das Urteil lautete: Die Maschinisten und Heizer sind als Spezialgruppe zu betrachten und haben die Lohnverhandlungen nur durch den Zentralverband der Maschinisten und Heizer zu erfolgen. Im übrigen wurde ein Stundenlohn von 3,80 M rückwirkend ab 1. Januar zugesprochen, für Kesselschleifer und Maschinenführer ein Stundenlohn von 1,00 M zum Stundenlohn sowie Stellung der Heizer,

es sich bei der Wahlbeteiligung der Unabhängigen doch nur um Verwirklichung dieser ihrer Richtlinien handelt? Hier gilt es anzupassen und vorzubereiten. Die Berliner sind nicht die Einzigen, die solche Organisationspläne. In Rheinland-Westfalen wurden ähnliche Organisationspläne geschmiedet und anderwärts ist man an der gleichen Arbeit.

Bei den bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsräten kann nur eines geben: Die Gewerkschaften bestimmen, wer auf die Listen kommt. Wo Gewerkschaften nicht vorhanden sind, ist den Kandidaten rücksichtslos ein Bein zu stellen.

Und wenn die Wahlen stattgefunden haben, dann erhalten die Betriebsräte und die sonstigen Arbeitnehmervertretungen ihre Direktiven, soweit sie nicht durch das Gesetz gegeben sind, von den Gewerkschaften und nicht aus irgend einem Willkürschicksal heraus.

Vertrauensmänner der Gewerkschaften haben die Betriebsvertreter zu sein, wenn sie zweckmäßig wirken und auch wenn sie etwas gelten wollen. Wenn die radikalen Windmacher glauben, daß ein Unternehmer ihre Worte fürchtet und deshalb berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen wird, dann sind sie mehr als naiv. Hier steht Macht gegen Macht. Und wo hinter den Betriebsräten nur die „revolutionäre Arbeiterorganisation“ steht, da hat der Unternehmer von vornherein gewonnenes Spiel. Nur dort, wo die Betriebsräte die Vertrauensmänner der Gewerkschaften sind, werden sie sich durchsetzen und aus dem Betriebsrätegesetz das machen, was sich daraus machen läßt. Sie werden dann auch viel revolutionärer wirken, als all die eingeschworbenen „Revolutionäre“ miteinander.

Fahrt der Gefanrenen in die Heimat.

Fünf Jahre schritten wir sicher auf blutigen Märterwegen, fünf Jahre hat der Fremde Koch auf uns gelegen. Nun warten wir wie Kindlein demutfromm und still das Viebes uns die Heimat zum Grube sagen will.

Die Wannen rattern und stoßen, die Bäume springen vorbei. Als machten sie uns zu Liebe Spah und Karrelei. Und ist doch unfre Seele des Glückes über toll. Weil wieder sie die Fluren der Heimat sehen soll.

Nun, Schwester, schreibe ein Brieflein: Liebe Frau, ich war auch dabei. Ich ging durch sieben Hüllen; doch der Tod, der Tod ging vorbei. Und trag' ich auch Riße und Male, steh' ich auf der Heimat Grund.

Da heilen alle Wunden, da steht das Blut zur Grund.

Nach grüße auch, meine Neger, da reist das gelbe Korn, Rohn blüht an Rand und Wegen, Kornrade und Mitterspohn. Am leuchtend blauen Himmel, umjudeit vom Leuchtenlied. Einer Sehnsucht weites Segel traumhaft in die Weiten zieht.

Weil über die Täler und Raten flammst der Sonne Brand, Auch über meine Seelen fällt Gott seine gültige Hand; Reim, Mühlen, reit Etine und Flügel und tut, was ihr gefollt. Das nährnde goldene Korn meiner Neger wiegt schwerer denn Gold.

Schon blühen und klingen die Senfen, die Dirnen winden den Kranz.

Die Vurschen reden die Glieder: „Hei, Erntebier und Lang!“ Und schweigen daß und Fiedel, da geht es heimlich um. In den blühenden Sommerächten, und die Nächte sind still und sind stumm.

Und nun in Tagen und Stunden, da wird ein Feiern sein, Da lehren wir, Heimat, zur Ernte in deine Täler ein. Die Wälder alle rauschen, die Wolken stürmen mit Macht. Die Herzen jubeln und beten: Oiß Gott, es ist vollbracht!

Wenn ich den Tag überwunden, Heimat, du standest mir bei, Wenn mich die Nite gebunden, Heimat, du machtest mich frei. Und werden nach Mühlen und Wirren mit Krone und blutige Bier:

Mein frommstes und tiefstes Beten, Heimat, gilt ewig dir!

Wilhelm Lennemann.

Aus der Partei.

Volkshausparlament in Mittelbaden.

1. Wahl, 22. Febr. Von den für den Amtsbezirk Wahl an-

In Wahl war die Versammlung infolge einiger anderer

2. Vengendach, 21. Febr. In öffentlicher Versammlung

Offenburg, 23. Febr. Am Samstagabend fand im Drei-

3. Ottenhöfen, 22. Febr. Im Engel dahier fand eine öffent-

4. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

5. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

6. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

7. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

8. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

9. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

10. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

11. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

12. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

13. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

14. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

15. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

16. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

17. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

18. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

und Parteigenossinnen bestritten. Die erste Zusammenkunft der

Aus dem Reiter Bezirk. Am Samstag und Sonntag sprach

2. Sch-Weierbach. Die Versammlungen hier, am Samstag,

3. Appenweiler, 22. Febr. Die heute Abend in der „Krone“

Aus bei Durlach, 22. Febr. Sozialdemokr. Verein.

Mittlingen, 22. Febr. Hier wurde eine Filiale des „Volk-

Zur Vorbereitung der kommenden Wahlen.

Eine gute Vorbereitung für die kommenden Wahlen ist die

2. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

3. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

4. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

5. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

6. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

7. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

8. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

9. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

10. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

11. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

12. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

13. Ottenhöfen, 22. Febr. In der heutigen Volksversamm-

Gemeindepolitik.

Entwässerung des Rheintallandes. Die Gemeinden Lin-

2. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

3. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

4. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

5. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

6. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

7. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

8. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

9. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

10. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

11. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

12. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

13. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

14. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

15. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

16. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

17. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

18. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

19. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Trotz weiterer Betriebsbeschränkungen und Schließungen

In der Land- und Forstwirtschaft hat sich die Nachfrage

2. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

3. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

4. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

5. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

6. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

7. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

8. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

9. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

10. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

11. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

12. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

13. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

Eine unruhvolle Arbeitsstätte.*

Wer schon Gelegenheit hatte, einen Blick in die Arbeits-

2. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

3. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

4. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

5. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

6. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

7. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

8. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

9. Gagsfeld, 22. Febr. Man schreibt uns: Die „Gehalts-

Aus dem Lande.

m. Sagsfeld, 20. Febr. Dank der Heimat. Ein Wort, das wegen seiner Innenschlichkeit und Brutalität verdient der Öffentlichkeit bekannt gegeben zu werden, hat sich hier zugetragen. Vorige Woche kam ein hiesiger lediger Bürger noch 35-jähriger französischer Gefangenensoldat wieder in seine Heimat zurück. Die Mutter des Heimkehrers ist vor 2 Jahren gestorben, der Vater hat sich nach Karlsruhe wieder verheiratet. Der Heimkehrer begab sich nun zu seiner Schwägerin, einer Witwe, die in Wiele beim Lammwirt August Walsch wohnt, um hier vorerst einen Unterschlupf zu erhalten. Doch der Bedauernswerte hatte keine Rechnung ohne den Wirt, in diesem Falle ohne den Lammwirt, gemacht, denn einige Tage darauf wurde die Frau, bei der er wohnte, aufs Rathaus gerufen und ihr vom Bürgermeister eröffnet, Herr Walsch habe nicht, daß der Heimkehrer sich in dessen Hause aufhalte, er habe dies sofort zu verlassen. Es wurde ihm seitens des Bürgermeisters nahegelegt, sein Heimatsdorf zu verlassen. Daß durch diese indirekte Ausweisung dem Heimkehrer das Herz schwer wurde, bedarf keiner Betonung, unter Kränen schickte er dem Schreiber dieser Zeilen seine traurige Lage. Anstatt den „Dank des Vaterlandes“ zu ernten, wie man so schön versprochen hatte, macht man den armen Menschen obdach- und heimatlos. Daß eine solche Tat nur von Menschen begangen werden kann, die selbst kein Herz im Leibe haben und jedes menschlichen Mitgeföhls bar sind, darüber sind sich alle gerecht und menschlich denkenden Menschen einig.

* Hebelberg, 21. Febr. Eine Liebesstragödie hat sich auf dem Königstuhl abgespielt. Ein 23-jähriger Student aus Garmisch erlöschte zu früh seine Geliebte, ein etwa 22-jähr. Mädchen, und löste sich dann durch Suizid selbst. * Kesslach, 23. Febr. In Heintzen wolle der Landwirt G. Unger hinter seinem Hause eine Pflanzengänge entladen. Während er die Erde in die Hände schaufelte, explodierte die Mine und zerrig Unger in Stücke. Auch das Anwesen wurde stark beschädigt. Der Verunglückte hinterläßt Frau und acht Kinder. * Ziegen bei Waldsuhl, 23. Febr. Bei einem Betriebsausstreik nach der Arbeiter Heile einen anderen Arbeiter namens Gottlinger nieder. Gottlinger starb kurz darauf an seiner schweren Verwundung.

Ein Roschrei der Schweizer Wehrleute.

In einer unter obiger Überschrift vom 9. Oktober letzten Jahres von uns getragenen Zuschrift Schweizer Wehrleute im Lager Schoppheim war u. a. über die militärische Lagerleitung gesagt worden: „Anstatt daß diese Zahlmeister den Wehrmännern ihre Gehaltslisten, die sie zu beanspruchen haben, ausgeben, werden die Wehrmänner noch ausgepumpt und ausgefaßt.“ Diese Behauptung war geeignet, falsche Eindrücke hervorzurufen, die gemachten Erhebungen haben ergeben, daß den genannten Beamten keine Befehle nachzuweisen sind. Eine Vorenthaltung der Gehaltslisten hat im Allgemeinen nicht stattgefunden. Die Lohnzahlung hat sich vielmehr durch Umstände, an deren einen Teil der Wehrleute die Mitschuld trägt, einmal um einige Tage verzögert. Im übrigen wurde nur in Einzelfällen solchen Wehrleuten die Lohnzahlung verzögert vorenthalten, für deren berechnete Ansprüche der Kasernenverwaltung keine hinreichenden Unterlagen erbracht wurden. Jüngere Wehrleute, die einen „Auspumpen“ oder „Ausfaßen“ der Wehrmänner gleichsam, sind seitens der Zahlmeister niemals vorgekommen. Die Behauptungen der Wehrleute sind also völlig unzutreffend.

Jugend und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sport-Verein.

Die Zahl der Bundesvereine betrug am 31. Dezbr. 1919 3060 und ist bis zum 22. Januar auf 3158 gestiegen. Der Umsatz des Bundesgeschäfts ist trotz des schlechten Wareneinganges und der Unklarheit der Preise auf 1044 485 M gestiegen. — Im letzten Jahre veranschlagt der Bund 25 000 M an Unfallunterstützung.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landes-Theater.

„Moral“, Komödie in 3 Akten von Ludwig Thoma. Das Mordverbrechen, das zur Zeit der Reg. Heine überliefert worden ist, witterte und den nicht wieder gut zu machenden Fehler beging, durch Ubergreifen auf das Gebiet der Kunst auch das wirklich Berechtigte seiner Bestrebungen bei den geistigen Menschen zu diskreditieren, hat in Ludwig Thoma mit seinem „Simplissimus“ einen gewachsenen Gegner gefunden. Die Moral mit dem doppelten Boden ist nie so zeitlich, so scharf und so erschöpfend behandelt worden, wie von ihm. Das Arbeiterfolk durfte sich über seine Satire ganz besonders freuen, weil Thoma die Lasten des Tages, daß die Unfähigkeit der Künstler ihren Eifer ausschließlich dem Volk gegenüber, ihre frommen Feigheit aber demütig verhehlen vor den Zuständen in hohen und höchsten Kreisen. Es war um die Zeit des berühmten Magdeburger Stillschließens, als Thoma jenes famose Flugblatt losließ, das man damals auswendig konnte, und das ihm, wenn ich nicht irre, eine Gefängnisstrafe eingetragen hat. Dort findet sich unter vielen andern auch der hübsche Vers, der die Situation vollkommen kennzeichnet: Es erhebt die Farnesstatue, sich nur vor dem niedern Volke, und der fromme Speichel spritzt nur auf den, der nichts besitzt.

Wenn auch zur Zeit andere Fragen im Vordergrund unserer Aufmerksamkeit stehen, die gottvolle Satire Thomas ist frisch und blickt, ein Kulturdokument für die jüngstverwichene Epoche, ein Meisel für künftige Anfälle öffentlicher Moralität. Bezeichnend, daß man ein solches Stück am Hoftheater in Karlsruhe nicht zu sehen bekam; fürchtete man, der Neugierige, der sich so gern über Antima hoher Herrschaften unterhält, werde verhandlungslos lächeln zu den Stellen, wo der Schreiber mit bei einer Galadame „das Leben kennen lernt“ und im Kleiderkasten sein Insignis schließt? Daß der Griff in die bisher verbotene dramatische Literatur ein glücklicher war, bewies der starke Besuch und der warme Beifall, der dieser Komödie zuteil wurde, trotzdem das Stück im Bau von der schulgerechten Komödie klassischer Stills abweicht. Thoma verzichtet in seiner gesamten dramatischen Produktion auf den theatralischen Ansehenseffekt. Er wirt durch Charaktere und seinen Dialog, in dem er allerdings ein unerreichter Meister ist. Er verschmäht die Veranschaulichung durch theatralische Mittel; seine Aufzüge sind in der Mehrzahl scharf realistisch gehaltene Szenen, über denen der Vorhang sich hebt und senkt, und was wir dazwischen schauen, ist ein fesselnder Ausschnitt aus dem Leben, allerdings künstlerisch gesehen und gestaltet. Thoma ist ja nicht der erste und nicht der einzige, der durch solche Abwendung vom Theatralischen eigenartige Wirkungen erzielt. Der Naturalismus hat dieser Technik zur Daseinsberechtigung verholfen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 24. Februar.

Linke und rechte anonyme Heben. Noch zu allen Zeiten politischer Hochspannung wurden wir mit Zuschriften von im Hintergrund sich haltender Einsender bedacht, die sich je nach Bildungsgrad und gegenüber ausgesprochen. In letzter Zeit kommen manche aus dem U.S.B.-Lager. Man legt natürlich anonymen Zuschriften im allgemeinen keine Bedeutung bei. Sie wandern in den Papierkorb. Höchstens wird die eine oder andere den Kollegen vorgelesen, was dann eine kleine Abwechslung in die Redaktionsarbeit bringt. Heute wollen wir aber eine Zuschrift abdrucken, die aus dem Lager recht kommt. Bei mir dieser Tage die Demonstration einiger hundert nationalsozialistischer Schreiber vor dem Hotel „Germania“, dem Domizil der französischen Militärkommission, verurteilten, und als lächerlich und tollkühn bezeichneten, bedenklich und ein Annonimus mit folgenden Freundschaften: „Anbei Zeitung jurist mit der Anfrage, ob nur das sozialistische Lumpenpad ein Recht hat, auf der Straße zu demonstrieren. Bei einer Entfernung der Denkmäler unserer verehrten Fürsten und der dadurch verursachten Verleumdung der Mehrheit der Bevölkerung würde ich mit dafür sorgen, daß auch sozialistische Grabmäler in Karlsruhe geräumt würden. Für Sozgenpad und wortwüdrige Schulte, die im November 19 ihren Eid gebrochen haben, ist ansehend alles erlaubt, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung heute schon das ganze Sozgenpad zum Verkauf wünscht. Der Tag der Abrechnung kommt für Euch wie er Gott sei Dank in Ungarn schon gekommen ist. Dann werde ich auch meine Annonimität aufgeben und Sie werden staunen, einen einfachen armen Angestellten vor sich zu haben, der noch nicht so ehrlos ist, Sozialdemokrat zu sein. Ihr erlösch, wortwüdrige Schulte! Der Tag kommt wieder, wo ich rufen kann: Es lebe mein Kaiser!“

Wegen der gleichen Sache wurden wir letzter Tage auch von der „Soz. Republik“ angepöbel, die behauptete, wir hätten „unserer Sanktion zu der Sache gegeben“. Wertwürdig, wie schwer es ist, es den Herrschaften von rechts und links recht zu machen! Das Schicksal der Kadettenschulen. Ueber die Verwendung der militärischen Bildungs- und Erziehungsanstalten, welche nach dem Artikel 176 des Friedensvertrages als solche aufgehoben werden müssen, sind von den zuständigen Ressorts des Reiches und der Länder, wie die „F. R. A.“ erfahren, entscheidende Beschlüsse gefaßt worden. Die Interoffizierskassen werden mit 10. März 1920 aufgehoben; sie kommen als Zivilerziehungsanstalten nicht in Betracht. Die preussischen Kadettenschulen und Interoffizierskassen werden sofort bis auf weiteres der preussischen Unterrichtsverwaltung unterstellt und, soweit sie sich hierzu eignen, nach ihrer bis spätestens 10. März erfolgten Einmiltarierung zu Zivilerziehungsanstalten umgebildet. Die Verornung der Anstalten übernimmt bis auf weiteres die preussische Unterrichtsverwaltung unter Beteiligung des Reichsministeriums des Innern und anderer beteiligten Reichsressort. Es wird also vorläufig eine Art von Condominium zwischen dem Reich und Preußen in der Form eines Kuratoriums geschaffen. Die zukünftige dauernde Verwendung der Anstalten bleibt später Vereinbarung zwischen den beteiligten Ressorts vorbehalten. Die übrigen militärischen Bildungsanstalten Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens sollen nach dem gleichen Grundsatze in Einbeziehung der beteiligten Länder behandelt werden. Durch diese Regelung der Angelegenheit wird den nachteiligen Folgen der Aufhebung der militärischen Bildungsanstalten für Schüler, Lehrer und Beamte nach Möglichkeit begegnet.

Immer noch die Alten!

Man schreibt uns: Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß einige unbekante „Demonstrationen“ unter dem Schilde der Nacht das hiesige Kaiserdenkmal mit Kränzen und schwarz-weiß-roten Schleifen geschmückt hätten und daß dann im Laufe des darauffolgenden Tages dieser „Schmuck“ von Wehrmännern wieder entfernt wurde. Unbekannt dagegen blieb, daß der Stationsportier der Polizeiwache am Rühlburger Tor, der die Entfernung dieses reaktionären Zierrats angeordnet hatte, beim nächsten Rapport vom Bezirksamt einen regelrechten Müffel erhielt, weil er die Spuren dieser kindischen, aber doch immerhin gegen die bestehende staatliche Ordnung gerichteten Demonstration nicht an Ort und Stelle gelassen hatte. Wir können die Richtigkeit der Meldung zwar nicht nachprüfen, halten die Sache aber doch nicht ganz so unwichtig. Die Regierung sollte ungewidrig zu erkennen geben, ob sie auf der Seite des Polizeibeamten steht, der zweifellos nichts als seine Pflicht getan hat, oder auf Seiten des Bezirksamts, das sicherlich früher, als es noch großherzoglich war, einem Beamten, der die Spuren einer republikanischen Demonstration entfernt hätte, dafür einen Orden verschafft haben würde.

Umbau im Stadtpark.

In unserem Stadtpark wird zurzeit eine gründliche Umänderung vorgenommen. Es handelt sich hauptsächlich um den Ostteil zwischen Fiebergarten- und Neue Bahnhofsstraße, füglich der Unterführung. Auf letztere mündete bekanntlich eine direkte Straße, die nun aber beseitigt und dafür zwei ganz neue Wege zur Unterführung laufen. Der Reit- und Fahrplatz für Kinder, der infolge seiner Baumlosigkeit bei bestem Wetter eine unpassliche Stätte war, wird in die daneben liegende Parkanlage verlegt. All diese Änderungen werden vorgenommen um unseren Stadtpark mit einem neuen großen Blumen- und Staudengarten zu bereichern, welcher in die Mitte der neuen Anlage tiefer als die Wege zu liegen kommt. Mit der Änderung verbunden war auch die Verlegung der Feder-Gruppe. Der bisherige Kinder-Spielplatz erlitt ebenfalls eine Verlegung und zwar an die Stelle, wo sich die Tennisplätze befanden. Wie man hört sollen die Umwälzungen bis Beginn der „Tajfon“ fertiggestellt sein und die Kosten für den Blumen- und Staudengarten von einem wohlthätigen Freund des Stadtparks gedeckt werden. Möge ein mäßiger Eintrittspreis es gestatten, daß alle Rühlburger sich der Schönheiten unseres Stadtparks erfreuen dürfen, jedoch er eine Erholungs- und Bildungstätte für die ganze Bevölkerung darstellt.

Neue Baukunst in Karlsruhe.

Mit der Veranstaltung am Dienstag, 2. März, abends 1/8 Uhr, im großen Rathausaal will der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei den Genossen und Genossinnen Bilder aus der engeren Heimat, aus Karlsruhe selbst, zeigen. Herr Dr. Baldeaire ist der berufene Führer hierzu, sein Vortrag über die heimischen Baudenkmäler geben, eine Geschichte der Baukunst unserer Stadt. Eine Anzahl Lichtbilder wird den Vortrag wirkungsvoll ergänzen. Der Eintritt beträgt einheitlich 1 M.; der Preis ermäßigt jedermann, die Veranstaltung zu besuchen. Karten sind im Vorverkauf zu haben: In der Wirtschaft „Zum Georg Friedrich“, Gewigstraße 2 (Oststadt); Nigarrenhaus „Lüpp“, Rühlburgerstraße 10, „Auerhahn“, Expedition des „Volkstempel“ (Südstadt); Volkshausbuchhandlung, Adlerstraße 16 (Mittstadt); „Zur Krone“, Ede Douglas- und Amalienstraße, „Zur Gambrius-halle“ (Mittel- und Südoststadt); „Zum Württemberg Hof“ (Weststadt) und „Zum Kirch“ (Pflanzburg).

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Rintheim.

Am kommenden Mittwoch abend pünktlich 1/8 Uhr, findet im „Schwanen“ unsere Bezirksversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Bezirksleiter Eberhardt „Ausbau der Organisation am Ort.“ Es ist Pflicht jedes Genossen, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen.

Sozialdem. Bürgerauswahlfraktion.

Morgen Mittwoch, nachm. 5 Uhr, im H. Rathausaal Fortsetzung der Fraktions-sitzung.

Das Arbeitersekretariat Karlsruhe.

Die Arbeitersekretariat Karlsruhe, Wilhelmstraße 47, erteilt Auskunft in allen die Sozialversicherung und das bürgerliche Recht betreffenden Fragen. Ebenso werden Schriftsätze ausgefertigt und Vertretungen übernommen. Sprechstunden: Werktags mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag nachmittags; morgens von 11—1/2 Uhr, nachmittags von 5—6 Uhr.

Deutsche Volkstheographie.

Deutsche Volkstheographie. Heute abend 7 Uhr findet im „Auerhahn“ der Vortrag Richter über „Die Entwicklung der Schrift“ statt. Wie wir hören, werden bei entsprechender Beteiligung Unterrichtsstunden in der deutschen Volkstheographie in verschiedenen Stadtteilen eröffnet und zwar neben solchen für Erwachsene auch solche für die Schulkinder. Der Vortrag ist auch für letztere wissenschaftlich und deshalb erwünscht, daß die Eltern auch ihre schulpflichtigen Kinder mitbringen. Vor allem sollten die Funktionäre der Arbeiterbewegung anwesend sein. Alle Arbeiter, die ihren Platz in den Organisationen voll und ganz ausfüllen wollen, müssen auch auf dem Gebiete der Schrift beschlagen sein.

U.S.B.-Versammlung.

U.S.B.-Versammlung. Gestern abend sprach im Kleinen Festhause die U.S.B.-Agitatorin Luise Zieh. An Stelle des angekündigten Vortrages „Vor dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch“ hegte und demagogisierte sie 1 1/2 Stunden gegen die Rechtssozialisten.

Das Vikariatspensonat wird im Herbst laufenden Jahres geschlossen.

Das Vikariatspensonat wird im Herbst laufenden Jahres geschlossen, die Anstalt nach Baden verlegt und dort in der bisherigen Fikale des Pensionats weitergeführt.

Spende für die Grenzmarken.

Spende für die Grenzmarken. In der Zweigstelle Baden des Deutschen Schutzverbandes für die Grenzmarken und bei deren Leiter Oberbürgermeister a. D. Siegrist sind bis jetzt rund 16 000 M eingegangen, davon 10 000 M von der Firma Mannsch, 1664 M von der Frauengruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 500 M von der Deutschen liberalen Volkspartei zu Karlsruhe, 500 M von der Badischen Bank, 300 M von F. H. H. Dr. Würtlin, 800 M von der Firma Kay u. Klump in Gernsbach, je 200 M von den Herren Martin Elias und Leopold Neumann, 120 M von Herrn Dr. Koch, je 100 M von Herrn Georg Wolf, Fabrikant, und von Herrn und Frau Ludwig. Die Vorkaufgabe der Beförderung von 100 000 Stimmerechtigten aus allen Teilen Deutschlands in ihre schwerbedrohte Heimat (Schleswig, Ostpreußen und Schonen) erfordert weit höhere Summen. Darum sei das gute Beispiel der obengenannten dringend zur Nachahmung empfohlen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Angelegenheit Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Heute abend 6 Uhr in der „Gambrius-halle“ Turnrats-Sitzung. Wichtige Angelegenheit! 1941

Wasserstand des Rheins.

Schuyterinsel 102, gef. 2; Rehl 204, gef. 4; Maxau 333, gef. 9; Mannheim 285, gef. 13 Zentimeter.

Bonfidehandlung... gut erhalten zu kaufen...

3-4 selbständige Zimmerleute werden eingestellt.

Jos. Held Baugeschäft Säbendstraße 24.

Lüchtiger Eisenhobler bei tarifmäßiger Bezahlung...

Soltenher & Co., Hornberg.

Volkshandlung Karlsruhe i. B.

Friedrich Stampfer: Religion ist Privatsache

Erklärungen zu Punkt 6 des Erörterungsprogramms...

Standesbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote, J. Mayer von Straßburg, Kaufmann hier...

Die Ehefrau von hier, mit Maria Lang von Kappel...

Anton Burkard von Söllingen, Postbote hier...

Carl Gung von Forst, Arbeiter hier...

Die Ehefrau von hier, mit Emma Schmitt von Söllingen...

Die Ehefrau von hier, mit Emma Schmitt von Söllingen...

Die Ehefrau von hier, mit Emma Schmitt von Söllingen...

Die Ehefrau von hier, mit Emma Schmitt von Söllingen...

Die Ehefrau von hier, mit Emma Schmitt von Söllingen...

Deutscher Metall-Verband Karlsruhe.

Mittwoch, den 25. Februar, abends halb 6 Uhr...

Bauschlösser-Versammlung

Tagesordnung: Beratung des neuen Tarifvertrages...

Arbeiter-Ausschüsse und Vertrauensleute im Handels- u. Transportgewerbe...

Versammlung

für alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter...

Tagesordnung: Das Betriebsratsgesetz und seine Wichtigkeit...

Mit kollegialem Gruß! Deutscher Transportarbeiter-Verband...

Badisches Landestheater. Dienstag, 24. Februar 1920

Die Handelskammer

besitzt sich jetzt in ihrem eigenen Gebäude: Karl-Strasse 10.

Sie ist für das Publikum geöffnet von 9 bis halb 1 und von 3 bis 5 Uhr...

Badisches Landestheater. Dienstag, 24. Februar 1920

Die Meistersinger von Nürnberg.

In drei Akten von Richard Wagner. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Bei den hohen Warenpreisen sind Sparmarken besonders wertvoll.

Der sparsame Käufer rechnet! SPARVEREIN KARLSRUHE E.V.

Rechtsanwaltsstelle d. Gewerkschaftskart. Karlsruher Anwalt

Die Geschäftsstunden der Rechtsanwaltsstelle finden jeden Mittwoch nachmittags von 4-6 Uhr im „Anker“ statt.

Sensation! Sensation! Groß-Zirkus-Schau Carl Holzmüller

Karlsruhe Ausstellungshalle - Telefon 4870 - Heute Dienstag, den 24. Febr. 1920

Der Riesen-Spielplan unter anderem Das Bezwingen der Raubtiernatur

ausgeführt durch den Raubtierdressur Bruno Schmitz und den hier bekannten Hypnotiseur J. H. Conrady...

Infolge Hypnose wird in diesen Vorstellungen einer der bösesten Löwen derart willenlos gemacht...

Familien- und Kinder-Vorstellung dar jeder Besucher ein Kind frei einführen.

Vorverkauf im Zigarrenhaus Moyle, Marktplatz.

Noch ist es Zeit!

Mittwoch, den 25. Februar. Kaufe alte künstliche, auch zerbrochene Zahnreisse, bezahle nicht bis...

Preis von 16 Mark.

Holzbrandstifte

60, 90, 130 Mark und mehr - je nach Größe.

Hotel zum Bratwurstglockle von vorm. 10 Uhr bis nachm. 1/2 6 Uhr.

Sofort für dauernd gesucht: Erfahrene ältere Dreher, Bauschlösser...

Erfahrene möglichst branchenkundiger Betriebstechniker oder Meister für mechan. Betrieb...

Schriftliches oder mündliches Angebot an: Carl Metz Feuerwehrgeräte-Fabrik

Vorteilhafte Herrenstoffe! Großer Eingang in Neuheiten von Mk. 80.- per Meter an.

L. Brotz Marienstr. 13, part. Ke'n Laden. Telefon 8950

Brennholz-Zuweisung für Minderbemittelte.

Die Geschäftsräume der Anzeigungsstelle für den Brennholzbezug durch Minderbemittelte befinden sich...

Kartoffel-Ersatz. Anstelle von Kartoffeln werden diese Woche verteilt: 1 Pfund Bohnen zum Preise von Mk. 2.50...

Petroleum-Verteilung. In der Zeit von Mittwoch, den 25. Februar bis Dienstag, den 2. März 1920

1 Liter auf die Haushaltmarke A und B Nr. 93 4 Liter auf den Abschnitt 5 der Petroleumkarte 1919/20.

Die Petroleumarteninhaber sind beim Bezug ihres Petroleums nicht an ein bestimmtes Geschäft gebunden...

Die Verteilung erfolgt durch nachstehende Geschäftsstellen:

1. Neuere Oststadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins Rinkheimerstr. 18, Laßnerstr. 17, Gerwigstr. 29, Rudolfstr. 24.

In den Filialen der Fa. Emil Bucherer, Durlacher Allee 30, Humboldtstr. 22, Rudolfstr. 1, Gerwigstr. 10.

2. Innere Oststadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Durlacherstr. 3, Waldhornstr. 31, Jähringerstr. 68.

In den Filialen der Fa. Emil Bucherer, Jähringerstr. 21, Markgrafenstr. 40, Durlacherstr. 56, Kronenstr. 10.

3. Südstadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Augustenstr. 91, Schützenstr. 41, Ruppertstr. 27, Winterstr. 39, Wilhelmstr. 51.

In den Filialen der Fa. Emil Bucherer, Morgenstr. 17, Marienstr. 38, Schützenstr. 87.

4. Mittelstadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Karlstr. 3, Sophienstr. 85, Herrenstr. 14, Amalienstr. 14, Leopoldstr. 2a.

In den Filialen der Fa. Emil Bucherer, Bürgerstr. 6. In den Filialen der Fa. Pfannkuch u. Co., Erbprinzenstr. 29, Sofienstr. 68, Karlstr. 13, Amalienstr. 25.

5. Weststadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Schafstr. 6, Kriegstr. 261, Gutenbergplatz 3, Kriegstr. 208.

In den Filialen der Fa. Pfannkuch u. Co., Gutenbergplatz, Kriegstr. 141, Kaiserallee 73.

6. Südweststadt. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Voelckstr. 23, Kurvenstr. 13, Dürckstr. 70.

In den Filialen der Firma Pfannkuch u. Co., Voelckstr. 14, Karstr. 82.

7. Mühlburg. In den Filialen des Lebensbedürfnisvereins, Bachstr. 50, Rheinstr. 57.

In den Filialen der Fa. Pfannkuch u. Co., Rheinstr. 25, Hardstr. 36.

8. Grünwinkel. In der Filiale des Lebensbedürfnisvereins, Mörscherstr. 8.

9. Daglanden. Frosch Bwe., Taubenstr. 11; Lebensbedürfnisverein, Kastendörferstr. 24; Drogerie Werth, Pfalzstr. 2.

10. Weiertheim. Lebensbedürfnisverein, Maria Alexandrasstr. 35; Pfannkuch u. Co., Durlacherstr. 8; Dannebergstr. 46; B. W. Gebhardtstr. 18; Braun Julius, Weiertheimstr. 18; W. W. Richter, Weiertheimstr. 18; W. W. Richter, Weiertheimstr. 18; W. W. Richter, Weiertheimstr. 18.

11. Ruppurr. Lebensbedürfnisverein, Langestr. 1; Kiefer Chr., Langestr. 25; van Benroy, Kastatterstr. 68; Rannsdorfer, Langestr. 22; Pfannkuch u. Co., Kastatterstr. 12, Rintheim.

Lebensbedürfnisverein, Hauptstr.; Maier, Hauptstr. 8. Freil für Abrechnung und Ablieferung der Marken Donnerstag, den 4. März 1920.

Karlsruhe, den 23. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

12. Rintheim. Lebensbedürfnisverein, Hauptstr.; Maier, Hauptstr. 8. Freil für Abrechnung und Ablieferung der Marken Donnerstag, den 4. März 1920.

Karlsruhe, den 23. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

13. Ruppurr. Lebensbedürfnisverein, Langestr. 1; Kiefer Chr., Langestr. 25; van Benroy, Kastatterstr. 68; Rannsdorfer, Langestr. 22; Pfannkuch u. Co., Kastatterstr. 12, Rintheim.

Lebensbedürfnisverein, Hauptstr.; Maier, Hauptstr. 8. Freil für Abrechnung und Ablieferung der Marken Donnerstag, den 4. März 1920.

Karlsruhe, den 23. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

14. Ruppurr. Lebensbedürfnisverein, Langestr. 1; Kiefer Chr., Langestr. 25; van Benroy, Kastatterstr. 68; Rannsdorfer, Langestr. 22; Pfannkuch u. Co., Kastatterstr. 12, Rintheim.

Lebensbedürfnisverein, Hauptstr.; Maier, Hauptstr. 8. Freil für Abrechnung und Ablieferung der Marken Donnerstag, den 4. März 1920.

Karlsruhe, den 23. Februar 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.